

Volksrecht

für Sachsen

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verantwortliche Redaktion: Ring 1206, Redaktion Ring 3142, Postfach-Ronto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schulen 10 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 20 Zeilen 30 Pf., auswärts 40 Pf., Stellenanzeigen 1 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Straßstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Hand-Expedition: Straßstraße 4/6, durch die Expedition der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Postfachamt Ring 1206, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Preis pro Jahrgang 10 Goldmark, 6 Monate 5 Goldmark, 3 Monate 3 Goldmark, 1 Monat 1 Goldmark. Bei Bestellungen in Postform nach dem Kurs am Bestellsort.

Hilferding über die politische Lage.

Genosse Dr. Rudolf Hilferding vom Parteivorstand, Reichsfinanzminister des ersten Stresemann-Kabinetts, sprach in der überfüllten Sitzung der Arbeitervereine in Breslau über die wirtschaftliche und politische Lage. Auf unsere Breslauer Arbeitervereine, die Hilferding zum ersten Mal hörte, machten die Ausführungen des Verfassers des grundlegenden Werkes über das „Kriegskapital“ trotz seinem völligen Verzicht auf demagogische Redeflüchte gerade durch ihre nationalökonomische Sachkenntnis und die tiefen Einsichten in die Lage der Nation einen halben Duzend von Kritikern des Parteivorstandes vor sich. Hilferding sprach über die politische Lage, die er als „aufsteigend“ bezeichnete, und die den Sozialdemokraten die besten Chancen boten. Er sprach von der Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung zu organisieren und die Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Hilferding begann mit dem Hinweis auf die Beschränkung unserer politischen Einflüsse durch die Produktionsverhältnisse und insbesondere durch die Lage des Weltmarktes. Er erinnerte daran, dass der Krieg, geführt um die Beherrschung des Weltmarktes, mit dessen Zerstückelung die größte Wirtschaftskrise in der ganzen Geschichte des Kapitalismus heraufbeschworen wurde. Die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu Ungunsten der Arbeiterklasse und der Kleinrentner und zu Gunsten der Kapitalisten und der Landbesitzer und die Verschärfung des Wettbewerbs unter den Vereinigten Staaten, verbunden mit der politischen Zerstückelung und Abwertung der ost- und mitteleuropäischen Wirtschaftskreise und der Zerstückelung der Weltwirtschaft mit ihren internationalen Folgen wurden kurz und anschaulich geschildert. Die folgende Krise der Weltwirtschaft, die den Weltmarkt der Welt der europäischen und amerikanischen Industrie ihren Höhepunkt 1929/30 gesetzt. Damals seien bis zu 10 Millionen Arbeiter arbeitslos gewesen, das Maß der entmenschten Schmach sei noch dem Krieges. Dem entspricht der Rückgang für die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterklasse. Alle diese Bewegungen in der ganzen Welt werden durch die Weltwirtschaft selbst in Amerika verlangsamt. Infolgedessen kam die Krise, was die Krise nur verschärfte. Deutschland war damals von den schwersten Folgen dieser Krise noch verschont, da unsere niedrigen Löhne die Industrie noch international hielten und die Einseitigkeit des Mittelstandes die Inflation dem großen Unternehmertum zugute kam. Die Inflation durch den Kautschuk, der die Eisenindustrie in unheimlichen Gebieten schritt. Die größten Wirkungen wurden durch die künstlich durch die Aufhebung aufgehoben, aber auf Kosten der Allgemeinheit, das heißt infolge der bürgerlichen Steuerpolitik durch die Steuerpolitik. Der Verlust von Millionen Goldmark der Reichskasse und die gewaltige Verschärfung der schwebenden Schuld waren die Folge. Die Arbeiterklasse, durch die Arbeitslosigkeit noch nicht geschwächt, verlangte ein höheres Niveau und ein Teil der Bürgerlichen, der die Inflation überließ, unterstützte diese Forderung. Wir mußten Ministerium Cuno durch eine von uns mit beeinflusste Regierung erleben.

Die Aufgabe des passiven Widerstandes brachte aber noch keine Enttarnung mit den Franzosen, für die vielleicht die Inflation nicht alle Möglichkeiten erschöpft wurden, die aber nicht im Sinn von Poincarés Wünschen für die deutsche Wirtschaftsentwicklung lag. Im unbefestigten Gebiet war die Zahl arbeitslosen Arbeitlosen von 140 000 am 1. August auf 1 000 000 am 1. November gestiegen. Dazu kamen 1 680 000 Kurzarbeiter und fast 2 Millionen Arbeitslose im befestigten Gebiet. Damit aller erwerbsfähigen Deutschen wurde Anfang Dezember unterstellt. Gleichzeitigkeit kam die Geldentwertung in unheimlichem Tempo, wodurch die Löhne der geltenden Arbeiter um 60 Prozent zum Teil oder auch nur 30 Prozent der Vorkriegslöhne sanken, die der Ungelernten auf 70-75 Prozent, Bauarbeiter und Buchdrucker zeitweise noch weniger. Da die Arbeitslosenunterstützung nur etwa ein Drittel des Vorkriegsniveaus ausmachte, fand sie auf ein Zwölftel bis ein Fünftel des Lebenslohnes, wovon kein Mensch mehr leben kann. Die erste Reaktionsregierung war noch hart von uns beeinflusst, weil die Stellung der Arbeiterklasse der Reichsregierung des Parlaments im damaligen Stadium der Wirtschaftskrise noch kräftig sein konnte. Solange die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit im Parlament hat, wird eine solche Stellung für uns immer nur zu eringen sein, wenn die Weltwirtschaftskrise in der Gesellschaft uns genügend flühen. Wenn unsere Organisationskraft und unsere Bewegung kampffähig, dann sind wir auch im Parlament stark. In anderen Fällen kann uns keine Veränderung der Taktik helfen. Koalitionsopposition kann dann nur ein Problem der Reichsregierung sein, eine Verlegung des Kampfes in die Regierung hinein, wo er in mancher Situation dann zeitweise erfolgreicher geführt werden kann. Jede andere Auffassung der Koalitionsopposition ist Illusion. Die Veränderung der Wirtschaftskrise mußte die Stellung der Arbeiterklasse durch die Auswirkung der Krise auf Deutschland ändern, was sich im Sturz der ersten Regierung Stresemanns zeigte. Zum anfänglichen Ministerium der Aufrechterhaltung kam die Regierung des Reichsbewusstseins der Unternehmerschaft, durch die rechte Mittel aller bürgerlichen Parteien gestützt wurde. Die Regierung streifte, daß sie lieber das Heil in der Hand der Sozialdemokratie liegen wollte, und sie ließ Sturz gegen die Koalitionsregierung Stresemann über sich. Die Koalitionsregierung Stresemann überließ sich. Die Koalitionsregierung Stresemann überließ sich.

Wendung gegen Sachsen und Thüringen statt gegen Bayern kam, wodurch die Sozialdemokratie selbstverpflichtend in Opposition gehen mußte. Das erste Ermächtigungsgesetz wurde dadurch erledigt. Es hat keine einzige sozialpolitische Verordnung gebracht, hat auf den Ausnahmezustand nicht verzichtet und war nichts anderes als bereits früher üblich gemessene Abstützungen des Gesetzgebungsorgans. Erst nach unserem Ausscheiden konnte ohne Ermächtigungsgesetz eine rein bürgerliche Regierung die Arbeitszeitverordnung ablaufen lassen. Nun war der Weg frei für eine denationalen beeinflusste Bürgerblockregierung, die wir als Partei nicht zu fürchten gehabt hätten. Diese Forderung, weil die Denationalen unter Preisgabe aller Prinzipien Verfalls schieden, die Weimarer Verfassung anerkennen, aber dafür in Preußen dem Egoismus ihrer Klasse freie Bahn schalten wollten. Das Stresemann-Kabinett wurde durch Kanzler Marx nur wenig verändert, die Denationalen gingen in die Opposition, die Regierungskrise dauerte zwar nicht so lange wie jetzt in England, wo deswegen doch niemand von einer Krise des Parlamentarismus spricht, die Regierung fand kein Verarmenspotium, aber wir haben dieser rein bürgerlichen Regierung schließlich ein neues Ermächtigungsgesetz bewilligt. In anderen Fällen hätten wir die Auflösung des Reichstages gefordert und inzwischen die Macht der Regierung durch Anwendung des Artikels 48 der Verfassung nur gestärkt. Sobald wir die Macht dazu haben, werden wir auf Einschränkung dieses Artikels drängen müssen. Jetzt aber wäre er zweifellos nicht in unserem Sinne angewandt worden! Da war es noch besser, daß wir durchdrücken, daß ein Reichstagsauschuss von der Regierung gebildet werden muß und die Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes vom Reichstag wieder aufgehoben werden können. Auflösung des Reichstages war jetzt eine Gefahr für das Heil des Reiches, und weder wir noch die Kommunisten konnten Wahlen unter dem Ausnahmezustand wünschen. Unsere Genossen haben im Reichstagsauschuss bereits einen gewissen Teilerfolg gegen die bürgerlichen Methoden des Beamtenabbaus und die unerträgliche Festschließung der Gehälter erzielt. Aber auch Beamte und Angestellte können von unseren Parlamentariern nur dann Erfolge erwarten, wenn ihre Organisationen uns entsprechend unterstützen können. In Deutschland stehen sie anders da, wie hier! Lange theoretische Diskussionen über die Taktik können wir uns jetzt nicht leisten. Das Ermächtigungsgesetz hat die Macht der Regierung nicht vermehrt, sie wäre ohne dieses Gesetz noch größer. Jede Schwächung der Partei durch inneren Kampf schädigt heute die Arbeiterklasse ganz anders als vor dem Krieges, wo der Kampf um die Macht praktisch noch nicht begonnen hatte. Ueber kurz oder lang werden wir doch in härteren Konflikt mit dieser Regierung kommen. Das Parlament kann eine lange Lebensdauer nicht mehr haben und auch als Partei wünschen wir baldige Neuwahlen. Sie werden uns statt innerer Diskussionen wieder zusammen in den Kampf gegen die Reaktion führen, die dann mit äußerer Kraft kämpfen wird. Dafür ist es jetzt zu riskant, um im nächsten Augenblick Lesaulstagen und wieder vorwärts zu marschieren. (Lebhafter Beifall.)

Der Beamtenabbau vom Reichstagsauschuss gemildert.

Der fünfte Reichstagsauschuss des Reichstages nahm am Donnerstag bei der Beratung der Beamtenabbauverordnung zunächst einen Antrag an, den den in der Verordnung enthaltenen Unterschied zwischen lebenslänglichen Angestellten und planmäßig, aber als Kündigung angelegten Beamten, beseitigt. Diese Beamtenkategorien sollten ebenfalls nur unter Bewilligung des gesetzlichen Parteigesetzes einwirken in den Reichstag verlegt werden. Dasselbe gilt von außerplanmäßigen Beamten mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit. Die Besetzung in den einflussreichen Ämtern darf nicht beeinflusst werden durch die politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung oder Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. Vor der Entlassung, Kündigung oder Versetzung soll jedem Beamten Gelegenheit zur Vernehmung gegeben werden. Im weiteren Verlauf der Sitzung legte der Ausschuss die Abfindungssummen für die einzelnen Dienstjahre fest.

Das Preussische Staatsministerium, das sich mit dem von Reich neu festgelegten Beamtengehältern befahte, vertritt dabei übereinstimmend die Auffassung, daß die Gehälter, insbesondere in den unteren und mittleren Stufen, unzulänglich seien. Daher soll die erste Gelegenheit bei einer Besserung der Staatssinnungen benutzt werden, um eine generelle Aufbesserung der Gehälter in die Wege zu leiten.

Breslau, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Große Empörung in der Kreisen der westfälischen Bergarbeiter hat eine offenbar aus Regierungskreisen kommende Meldung gemacht, die behauptet, die Bergarbeiter hätten keinen Zweifel daran gelassen, daß als sie der Forderung für den Ruhrbergbau zustimmten, eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Diese Behauptung ist unwahr. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist von den Bergarbeitern auch nicht ein einziges Mal auf die Arbeitszeit der Beamten oder anderer Berufe hingewiesen worden. Wohl ist dem Reichsarbeitsministerium wiederholt erklärt worden, es könne sich nicht dafür einsetzen, daß das Einkommen des Charakters eines Nebenabkommens erfüllt, und zwar deshalb nicht, weil

dadurch die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Beamten erschwert würde. Die Vertreter der Bergarbeiter haben gegen diese Haltung des Reichsarbeitsministeriums in härtester Weise opponiert und sich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auch bei den Beamten ausgesprochen.

Die neue Steuernotverordnung

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage, die Einziehung der auf Goldbasis gestellten Steuern zu forcieren. In Frage kommt neben der Einkommens- und Körperschaftsteuer für das Jahr 1928, auf die für je 1000 Mark Steuerzuschuld des vergangenen Jahres 0,40 bzw. 0,60 Mark nachzuschlagen sind, die Vermögenssteuer für das Jahr 1924. Sie wird ganz auf Gold gestellt und nach dem gemieteten Wert berechnet. Von Bedeutung ist, daß bei Wertpapieren der wirkliche Kurswert errechnet wird. Der Tarif steht durchschnittlich 5 vom Tausend vor. Der Satz erhöht sich jedoch bei Vermögen unter 50 000 Goldmark auf 4 vom Tausend und bei Vermögen unter 25 000 Goldmark auf 3 vom Tausend. Bei Vermögen über 100 000 Goldmark sollen Zuschläge in Höhe von 20-60 Prozent der Steuer berechnet werden. Die Regelung der Einkommensteuer erfolgt im Anschluß an die Vermögenssteuer in Form von Zuschlägen. (Das war auch in unseren Spalten gefordert worden, Red.) Sie betragen für die Landwirtschaft ein Goldmark pro 1000 Mark des Vermögenswertes pro Quartal, bei Handel und Gewerbe 2 Prozent der Roherlösen, abzüglich der gezahlten Wöhne und Gehälter. Freie Berufe zahlen von ihren Einkünften, die über die Werbungskosten hinausgehen, 10 und 20 Prozent, wenn diese mehr als 6000 Goldmark betragen. Die Kapitalertragsteuer soll wieder mit 16 Prozent erhoben werden. Die Weinksteuer, die der Verkehr und Verbrauchsteuer auf Gold gestellt wird, ist auf 20 Prozent des Kleinhandelspreises, zusätzlich 5 Prozent für die Gemeinden, festgesetzt worden. Der Lohnabzug für die Arbeitnehmer ist beibehalten worden. Er ermäßigt sich noch der Kinderzahl und steht eine Freigrenze bis höchstens 10 Goldmark vor.

Die Mietsteuer soll die durch Nichtaufwertung von Hypotheken und Obligationen gestiegene Leistungsfähigkeit des immobilienbesitzenden Steuerpflichtigen unter allen Umständen nutzbar machen. Jedoch will die Regierung darauf bestehen, Höchst- bzw. Mindestsätze festzusetzen und die weitere Regelung den Ländern und Gemeinden überlassen.

Die „Westmark“ für das besetzte Gebiet.

Die Einheit des wertbeständigen rheinischen Zahlungsmittels wird den Namen Westmark (1 Westmark = 1 Goldmark) führen. Sämtliche Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes übernehmen eine Solidarität in der Höhe von 300 Millionen. Eine weitere Deckung erfolgt, ähnlich wie bei der Rentenmark, durch Ausgabe von Goldobligationen, die mit dreißigjähriger Laufzeit ausgestattet sind. Nach dem Beschluß des Kabinetts soll die Westmark das einzige Zahlungsmittel in den besetzten Gebieten sein und bis zur Herausgabe der deutschen Goldnoten im Umlauf bleiben.

Dazu schreibt der „Sozialdemokratische Parlaments-Dienst“: „Die Westmark baut sich also auf fast den gleichen Bedingungen wie die Rentenmark auf. Wenn es gelingt, die rheinische Westmark mit der Rentenmark im Kurs gleichzusetzen, sind alle Voraussetzungen für einen unbehinderten Warenaustausch zwischen dem besetzten und unbefestigten Deutschland gegeben und die Interessen der rheinisch-westfälischen Industrie gewahrt. Die Rentenmark hat sich gut eingebürgert. Ohne Zweifel wird sich die Einführung der Westmark in den besetzten Gebieten ebenso reibungslos vollziehen, jedoch kein Grund für die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank, die nur neue Schwierigkeiten schaffen kann, vorliegt. Das Projekt des Kölner Finanzier Haggenfeldt die Herausgabe einer rheinischen Note nur gegen Depots vor. Die Folge würde ein Zusammenstoß von Depots sein, die dem Reiche naher bei der Errichtung der deutschen Goldnotenbank fehlen werden. Schon aus diesem Grunde ist die Ausgabe der Westmark eine Erleichterung für die Schaffung einer deutschen Goldnote, die nach Ansicht des Verwaltungskommissars Dr. Schacht bereits im Frühjahr 1924 in Umlauf gesetzt werden kann.“

Die Reichsregierung knüpft, wie uns mitgeteilt wird, die Genehmigung der rheinischen Goldnotenbank an die Bedingungen, daß die Bank in die zu schaffende deutsche Zentralnotenbank überführt wird. Ein endgültiger Beschluß über die rheinische Goldnotenbank kann nur erfolgen, wenn das in Bonn ausgearbeitete Statut der Reichsregierung vorliegt.

Die Reichsbank-Präsidentenfrage im Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag in öffentlicher Sitzung mit der Wiederbesetzung des Postens des Reichsbankpräsidenten, wofür der Reichsrat das Vorschlagsrecht hat. Dieser Punkt wurde jedoch von der Tagesordnung abgeseht, weil die Ausschüsse des Reichsrats über die vorzuschlagende Persönlichkeit sich nicht einigen konnten. Der vom Zentralausschuß der Reichsbank empfohlene frühere Reichsfinanzminister Dr. Helfferich fand nicht die Zustimmung, wurde vielmehr von allen Ländern, mit Ausnahme Bayerns, abgelehnt. In Betracht kommt nunmehr wahrscheinlich der Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Gegen diesen hat allerdings Bayern Widerspruch erhoben.

1 Goldmark = 1 000 000 000 000 Papiermark.

Das Problem der Klassenjustiz im Zivilrecht.

Die Schuld des Ministeriums Heinze.
Von Dr. Ernst Emil Schweiher,
Anwalt am Kammergericht, Berlin.

Der folgende Aufsatz eines praktischen Juristen hebt den Vorwurf der Klassenjustiz zum ersten Male mit sachlicher Begründung auf die heutige deutsche Zivilrechtspflege aus. Wie empfohlen ihn besonderer Beachtung.

Selbst der konservativste deutsche Richter hielt es für seine Ehrenpflicht, im reinen Zivilprozess, wo es sich lediglich um einen Streit um Geld oder Geldeswert handelt, auch dem einfachen Mann sein Recht zu lassen, und die Grundsätze von Treu und Redlichkeit im Rechtsleben unbedingt zu schützen.

In der letzten Zeit aber ist eine Verwilderung im deutschen Recht auf dem Gebiete des reinen Zivilrechts eingetreten. Während früher der Vorwurf der Klassenjustiz gerade mit Rücksicht auf die Strafrechtspflege erhoben wurde, herrscht heute in Deutschland auch auf dem Gebiete des reinen Privatrechts eine derartige Bevorzugung der wirtschaftlich Mächtigeren, eine dreifache beispiellose Unterdrückung der arbeitenden und kapital schwachen Bevölkerungsschichten, die in Westeuropa vollkommen vereinzelte dastehen dürfte. Es ist der früheren Reichsjustizminister Heine, dessen Ministerium die Schuld trifft, daß das Ansehen der deutschen Zivilrechtspflege in dieser unheilvollen Weise untergraben und vernichtet wurde. Ich bemerke hierbei, daß die Kritik an dem Minister Heinze keineswegs etwa nur in sozialdemokratischen Kreisen geübt wurde, nein, in den weitesten Kreisen der bürgerlichen Juristen bis in die Reihen der deutschnationalen Anwälte hinein, herrscht die tiefste Empörung über den Verfall der Rechtspflege, welcher durch die gesetzgeberischen Maßnahmen und Unterlassungen des Reichsjustizministers Heinze herbeigeführt wurde.

Ganz kurz sei hier auf einige Mißstände hingewiesen, die sich während des Ministeriums Heinze herausgebildet haben, und die eine schwere Schädigung und Unterdrückung der Rechtspflege darstellen. Das Gerichtskostenengesetz, das Minister Heinze erlassen hat, beurteilt die Rechtspflege ganz vom fiskalischen Gesichtspunkt und bedeutet eine juristische Gefahr für die wirtschaftlich schwachen Kreise. Es wäre nichts dagegen zu sagen gewesen, wenn in der jetzigen Zeit der Staat die Gerichtskosten den Zeitbedürfnissen angepaßt hätte und auf Geldmarkt normiert hätte. Gerade diese Stellung des Gerichtswesens auf Geldmarkt ist von der gesamten Anwaltschaft seit langem gefordert worden und sie ist auch im Interesse des Rechts unbedingt geboten. Das Gerichtskostengesetz des Ministeriums Heinze beläßt es aber bei der Papiermarkberechnung, verbindet jedoch die Eintreibung der Gerichtskosten mit rigorosen Maßnahmen, wie sie in der Geschichte der Rechtspflege einfach beispiellos sind. Vor Zahlung der Gerichtskosten wird kein Termin in einer Klage bestimmt; ehe ein neuer Antrag im Termin gestellt werden darf, durch welchen die Klage erweitert wird, müssen erst neue Kosten bezahlt werden. Das bedeutet eine beispiellose Verschleppung der Prozesse, die selbstverständlich in erster Linie zu Lasten der kapital schwachen Schichten geht. Noch viel schlimmer ist, daß jede Berufung verworfen wird, wenn nicht innerhalb einer bestimmten kurzen Frist der geforderte Vorbehalt vom Berufungskläger gezahlt und der Nachweis dieser Zahlung vom Berufungskläger geführt wird. Zahllose Privatleute, die gegen ein ungerechtes Urteil ein Rechtsmittel eingelegt hatten, sind deshalb dieses Rechtsmittels verlustig gegangen, weil sie durch irgend einen unglücklichen Zufall das Geld nicht aufstreifen konnten oder auch weil sich die Bezahlung um ein oder zwei Tage verzögert hatte. Es ist ein Mangel

an sozialem Empfinden, der sich hier in der Rechtspflege zeigt.

Bestenfalls noch empörender ist die Art, in der das Ministerium Heinze die Berechnung der Gerichtskosten regelte. In der Praxis gestatten sich die Prozesse um Geldbeträge in der Weise, daß z. B. ein Betrag von 300 000 Mark vor einem Jahre eingeklagt wurde, der Prozeß sich dann durch Beweisaufnahme von Monat zu Monat hingezogen hat und die ursprünglich eingeklagten 300 000 Mark haben heute überhaupt keinen Wert mehr. Es ist also notwendig, daß der Kläger seinen ursprünglichen Antrag erweitert und einen neuen Antrag stellt, der eventuell dem Geldwert oder doch zum mindesten dem Indexwert entspricht, welche die 300 000 Mark zu der Zeit hatten, als die Klage erhoben wurde. Es würde nur dem einfachsten Rechtsgefühl entsprechen, wenn für diesen neuen Antrag keine neuen Gerichtskosten erhoben würden, zum mindesten aber bei der Berechnung des Gerichtskostenmaßstabes der früher bezahlte Vorbehalt entsprechend dem damaligen Geldwert ausgewertet in Anrechnung gebracht würde. Sogar dessen sehen wir, wie hier der Staat sich auf Kosten des Publikums in einer Weise bereichert, die den Kapital schwachen die Verfolgung ihrer Rechtsansprüche einfach unmöglich macht. Nach der jetzigen Regelung, wie sie sich unter dem Ministerium Heinze herausgebildet hat — die letzte Antisozialität von Rechtschaffen war zu kurz, um hierin Abhilfe treffen zu können — gestatten sich nämlich die Sachlage so, daß für jeden derartigen neuen Erweiterungsantrag vollkommen neue Gerichtskosten verlangt werden. Wenn also der Kläger vor einem Jahr eine Summe von mehreren 100 000 Mark einlegte, so werden die paar 1000 Mark Gerichtskosten vorbehalt, die der Kläger bei Beginn des Prozesses zahlte, und die damals sowohl für ihn wie für die Gerichtskasse eine erhebliche Summe darstellte, lediglich zu ihrem ursprünglichen Nominalbetrag zurückbehalten, da dieser Nominalbetrag von ein paar 1000 Mark heute überhaupt keinen Wert darstellt, so bedeutet das, sie werden ihm überhaupt nicht gutgebracht. Das heißt also, der Rechtsanwalt muß dem einfachen Mann, der wegen irgend einer privaten Rechtsverletzung einen Prozeß angehängt hat, und der sich damals das Geld absperrt hat, um dem Staat die ihm zukommenden Gerichtskosten zu bezahlen, sagen: Die paar 1000 Mark, die du damals dem Staat gegeben hast, die gelten heute nichts mehr. Und wenn du willst, daß ich im nächsten Termin einen deinen Interessen entsprechenden Antrag stelle, so müßt du den gesamten Geldmarkbetrag, den du damals bezahlt hast, noch einmal bezahlen.

Hierzu kommt dann insbesondere noch die Regelung des Kostenersatzungswesens. Bisher galt es als einfacher Grundsatz des Rechts, daß der siegenden Partei im Rechtsstreit von der unterliegenden Partei die Kosten des Prozesses ersetzt würden. Es ist dies auch ein elementares Gebot der Gerechtigkeit und es liegt dies insbesondere im Interesse der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten. Denn gibt man diese Grundsätze auf, so wird damit alle Gerechtigkeit im Privatleben aufgegeben, wird der schlimmsten Klassenjustiz in der Zivilrechtspflege zum Siege verholfen. Denn der Kapital schwache kann nicht zum Vergnügen Prozesse führen, da er risikiert, daß er bei Gewinn des Prozesses zwar das schöne Bewußtsein hat, recht behalten zu haben, daß er aber viel mehr Kosten zu tragen hat, als wenn er den ganzen Prozeß überhaupt nicht angehängt hätte. Dann wird der Kapital schwache besser daran tun, auf diese schöne Bewußtsein zu verzichten, und den Prozeß überhaupt nicht zu führen. In der Praxis ist durch das Ministerium Heinze die Kostenersatzungspflicht aber befristet, da die Gerichtskosten und Gebühren nicht auf Geld gestellt sind. Die Folge ist also die, der Kläger muß bei Beginn des Prozesses dem Anwalt und dem Gericht Vorbehalte in gutem Gelde zahlen. Jahreslang später nach Beendigung des Prozesses erhält der Kläger dann, wenn er sich tatsächlich den Spieß macht, einen Kostenersatzungsantrag zu stellen, den nominalen

Wert der von ihm vorausgelegten Gebühren zurück. Die nominale Wert spielt aber überhaupt keine Rolle mehr und bedarf oft nicht einmal die Kosten eines einzigen Briefportos. Der Kapital schwache muß oft darauf verzichten, selbst gute Rechtsansprüche durchzuführen, weil er fürchten muß, auch beim Siege in dem Prozeß kein Geld zu sehen zu müssen. Das weiß der Unternehmer das wissen auch gewissenlose Privatleute und machen sich zunutze. So erklärt es sich, daß in juristischen Fachzeitschriften Artikel unter der Überschrift veröffentlicht werden: „Kann man einen Prozeß noch gewinnen?“ in dem diese Frage verneint wurde. Die Frage wurde verneint, weil selbst der gewonnene Prozeß im Ergebnis noch Kosten verursacht.

Zweifel scheint mir aus obigen Darlegungen folgen:

I. Sie bilden eine bedeutende Illustration zum Charakter der Deutschen Volkspartei. Es ist bekannt, daß gerade von dieser Seite der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, daß sie Ministerstellen nicht nach sachlicher Eignung besetzt. Und nun ist festzustellen, daß die Deutsche Volkspartei eine der mächtigsten Ministerstellen in Deutschland mit einem Manne besetzt hat, der für diese Position gänzlich ungeeignet war und nur den dem Ansehen der deutschen Justiz schmerzhaften Schaden zugefügt worden ist. Ich kann mich für diese meine Feststellung berufen auf eine der ersten juristischen Aufsätze innerhalb der Deutschen Volkspartei selbst. Der Reichstagsabgeordnete Düringer, früheres Mitglied des Reichsgerichts, später Oberlandesgerichtsrat, hat im Reichstage eine geradezu vernichtende Rede gegen seinen Fraktionsgenossen Heinze gehalten. Er hat Heinze das Wort angewendet: „die gefährlichste Gefahr von Menschen sind die guten Redner“. Und derselbe Abgeordnete Düringer, der sich durch die Veröffentlichung eines hervorragenden Kommentars zum Handelsgesetzbuch einen ausgezeichneten Namen erworben hat, hat in Beziehung auf das Heinze'sche Justizministerium geäußert: „Wie kann man es mit seinem Gewissen vereinbaren, sich vor ein Verhalten schuldig zu halten, das höchste Gerichtshof, wie der oberste Gerichtshof in Preußen das Oberlandesgericht in Danzig, das Oberlandesgericht in Darmstadt, neuerdings auch das Reichsgericht, als Schuldnerwürger und als zivilrechtlich unheimlich gekennzeichnet haben?“

Zweiter sind natürlich überall möglich, aber ein derartig unheimlicher Fehler, wie die Bestimmung des Reichsjustizministeriums mit einer rein sachlich so unangelegenen Persönlichkeit wie Herrn Heinze, dürfte selten vorkommen sein. Die Frage, ob Herr Emminger, der der Anteil im Falle Fehrenbach gebilligt hat, ein besserer Reichsjustizminister ist, mag die Zukunft beweisen. Aber über Herrn Heinze waren sich jedenfalls alle christlich und zur Kritik berufenen Fachleute einig.

II. Daneben kam es mir aber darauf an, die stehenden Parteien darauf hinzuweisen, wie unheilvoll ist es, daß heute die politische Link die Kritik der deutschen Justiz lediglich auf die Strafrechtspflege beschränkt. Gewiß müssen uns gerade die Feindparteien in deutschen Strafsachen ganz besonders empören. Aber dennoch sollten wir doch nicht vergessen, in wie unglücklicher Weise seit dem Ministerium Heinze die Zivilrechtspflege in Deutschland verwahrloßt ist und wie hier der Kapital schwache jeder Willkür des Mächtigeren ausgeliefert wird.

Wie bayrische Putzschichten Sahrs „Melanthe“ Gewährung benutzen.

Sie verschwinden schon.

Der Fliegerhauptmann Goering, der, beim Hiltzpußhau wunden, am 11. November verhaftet, die österreichische Grenze überschritten und nach Garmisch zurückgebracht wurde, ist, wie dem er sein „Ehrenwort“ gegeben hat, sich der Polizeibehörde zur Verfügung zu halten, zur ärztlichen Behandlung in das Kurhaus „Jesle“ in Garmisch-Partenkirchen entlassen worden. Er traf dort abends auch ein, war jedoch, als man um 11 Uhr Nachts nach ihm hielt, bereits im Auto und davon.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

50] Deruchette hing an zu verstehen, was dieser Mann zu ihr sagte. Sie kamelle: Mein armer Onkel... Er wird sich vor der Hochzeit weigern. Nach der Hochzeit wird er keine Bestimmung geben. Außerdem gehen Sie ja fort. Wenn Sie wiederkommen, wird er Ihnen verzeihen. Gilliat sagte mit einem Aufschlag von Bitterkeit hinzu: Und dann denkt er nur daran, kein Schiff wieder zu bauen. Das wird ihn während Ihrer Abwesenheit beschäftigen. Die Deruchette wird ihn tödlich. Ich möchte nicht kommen zurückgehen, sagte Deruchette mit einer Schwermut, in die sich Freude mischte. Er wird nicht lange abhalten, antwortete Gilliat. Ebenezzer und Deruchette waren noch wie versteinert. Sie gingen an, sich zu erholen. Je mehr über Bestimmung einzuholen, um so mehr verstanden sie den Sinn von Gilliat's Worten. Eine Wolke blieb noch, aber es war nicht ihre Sache, Widerstand zu leisten. Man überläßt sich dem Schicksal. Die Widerstände gegen den Eintritt in Eden sind leicht. Ebenezzer murmelte nachdenklich: Ein Onkel ist kein Vater. Er gehörte der Bedienung dieses glücklichen und prächtigen Haushaltes. Die bei einem Priester wahrgenommenen Schwermutige Schwärze in diesem warmer und lebensfrohen Gesichte. Gilliat's Stimme wurde laut und er sah sich an wie neugierige Pulschläge. Ebenezzer Deruchette legte in zwei Stunden ab. Ihr habt gerade diese Zeit, aber nur diese Zeit, kommt. Ebenezzer betrachtete ihn aufmerksam; plötzlich rief er: Ich erkenne Sie. Sie haben mir das Leben gerettet. Gilliat antwortete: Ich glaube nicht. Da unten an der Felskante, auf der Sie stehen. Ich habe den Ort nicht. Es dem Tage vorher. Verlassen wir diese Zeit. Und ich möchte mich nicht, Sie hat der Mann von gestern überh.

Wie heißen Sie? Gilliat sprach mit leiser Stimme: Schiffer, ersariet uns. Wie kommen gleich wieder. Deruchette und Ebenezzer standen nebeneinander wie tranke. Es gibt wunderbare Erfahrungen am Rande des Meeres, der Gila heißt. Er heißt Gilliat, sagte Deruchette. Gilliat begann mit einem gewissen Aufbruch wieder: Was ist das für ein? Wie heißt er noch folgen! Woher? fragte Ebenezzer. Darin. Gilliat zeigte mit dem Finger auf den Kirchturm. Sie folgten ihm. Gilliat ging seinen Schritten voran. Die beiden schwankten. Je näher sie dem Turme kamen, um so mehr brachten sie auf Ebenezzer's und Deruchette's reinen Gesichtern die Furchen der Seele aus. So nahe der Kirche zu sein, stimmte sie nicht. In Gilliat's rauhem Auge lag die Nacht. Er ging mit einem Geiselt, das zwei Seelen in das Paradies führt. Ebenezzer und Deruchette sahen sich nicht nötig, Redenshaft von dem, was folgen sollte. Die Furchen dieses Mannes war der Zweifel an dem, was der Erzählende verkündete. Sie folgten Gilliat mit der Selbstigkeit der Verzweiflung. Ebenezzer dachte nach. Deruchette war müde. Die Furchen einer einzigen Traurigkeit sind sehr einfach. Aber würde der Defan trotzdem zustimmen, die Traurigkeit zu vollziehen, ehe die Einwilligung des Onkels vorliegt? Immerhin konnte man es versuchen. Aber wer war dieser Mann? Er, das Hindernis, hatte sich in die Vernehmung verwickelt. Der Fied war ungleich. Bisweilen sah und schwer polsterbar. Von Zeit zu Zeit dachte Gilliat um und rief Ebenezzer zu: Schauen Sie sich vor diesen Strichen in acht. Reichen Sie ihr die Hand! Die Vernehmung der Selbstverleugnung. Es hing halb off, als sie die Kirche betraten. In dieser Zeit und wegen der heiligen Bedienung der Stadt war sie leer. In Hintergründe jedoch brachten sie einen dem Lärm, der in romanischen Kirchen der Alter herrscht, drei Personen: der Defan, ein Vertreter und der Kirchengeldgeber. Der Defan, seine schwarzen Insignien trug, lag, die beiden anderen Handes. Die Schrift lag offen auf dem Tisch. Auf einem Seitenisch lag noch ein anderes Buch, das Kirchengeldgeber, ebenfalls offen, und

ein aufmerksames Auge hätte in ihm eine frisch geschriebene Seite bemerken können, auf der die Linde noch nicht trocken war. Als Seine Ehrenwürden Herodes Ebenezzer Caubray eintraten, sah, erhab er sich. Ich erwarde Sie, sagte er. Alles ist bereit. Der Defan hatte in der Tat seine Entschcheidung an. Ebenezzer sah Gilliat an. Seine Ehrenwürden, der Defan, sagte hinzu: Ich liebe Sie zu denken, lieber Kollege! Und er begrüßte ihn. Mit annehmbar würdevollem Stolz fuhr er fort: Ich mache Ihnen ein doppeltes Kompliment. Ihr Onkel ist tot, und Sie nehmen eine Frau. Sie sind reich durch einen und werden glücklich durch die andere. Mich, Leuchter ist in dieser Pflanze geboren, sie ist mündig, überdies gibt ihr Onkel seine Einwilligung. Sie wollen sich wegen Ihrer Abreise sofort verheiraten. Ich verstehe das, obwohl ich der Trauung eines Mannes mehr Feiertagsfeier wünsche. Nach dem Geschehen kann die Hochzeit sofort nach dem Einschreiben in die Akte gefeiert werden. Zur Erlaubnis notwendige Erklärung ist beigebracht. Ich werde Sie trauen. Mein Vertreter wird der Zeuge des Halben sein. Was den der Gattin anbetrifft... Der Defan wandte sich Gilliat zu, der ein Zeichen mit dem Kopf machte. Das genügt, fuhr er fort. Ebenezzer blieb unbeweglich. Deruchette war wie steinert. Der Defan sprach weiter: Ein Hindernis besteht indes nicht. Deruchette machte eine Bewegung. Der hier gegenwärtige Abgeordnete Mess Leuchter, der für Euch die Erlaubnis nachgeholt und die Erklärung ins Register geschrieben hat, sagte mir heute früh, daß Mess Leuchter, der wichtig, um selbst zu kommen, wünsche, daß die Heirat sofort stattfinden. So gut auch mein Wille ist, darf ich mich doch nicht mit einer solchen mündlichen Erklärung begnügen. Ich muß ein Geschriebenes haben. Wenn es weiter nichts ist, antwortete Gilliat. Er sah seinen Ehrenwürden ein Papier hin. Der Defan nahm es, las es übergehen und las dann laut: Bezooge Du Deinerseits den Diapens beim Defan. Ich wünsche, daß die Hochzeit so bald als möglich sei. Gilliat des Besten.

(Fortsetzung folgt)

Stadttheater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Ydelfio.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
2. Vorstellung im Abonnement.
Neu einstudiert:
Kriabne auf Nagos.

Lobetheater.
Antonberg, Paul Barnay.
Tel.: R. 6774 und R. 6760.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Peer Gynt“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Uraufführung
„Diplom“ Belletrische
von Paula Baumann.

Thalia-Theater
Sg. 6700 7 1/2 Uhr:
Heute zum letzten Male:
Die spanische Flöge
Ludwig Stössel.
Morgen zum 1. Male:
Der Hochtourist
mit Ludwig Stössel.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
zu ermäßigten Preisen:
Mein Vater Eduard

Schauspielhaus.
Operntheater, Tel. Ring 2546.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Edith Karin
Der Glückling der Karja
Sonntag, nachm. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Emil Pfeiffer
Der Fugenerbar.



Circus
Straßburger
Tägliche 7 1/2 Uhr:
Das große
Weihnachts-
Programm!
Sonnabend
3 1/2 und 7 1/2 Uhr.
Sonnabend Nach-
mittag 1 Kind frei.

Wartburg-Lichtspiele
Erbacher Straße 34
Unwiderruflich nur bis Montag!
Reinhold Schünzel, Paul Wegener u.
„Der Schatz der Gesine Jacobsen“.
Freitag:
„Das Geheimnis der Chrysantheme“.

Niederlage der Clarenmühle I
Sonnensstraße 14
empfiehlt
sämtliche Mählenerzeugnisse
zu billigstem Tagespreise.

Weihnachts-Angebot!
Für Herren Filzschneidstiefel
mit Ringbesatz für Damen - per Paar 3,-
Alle Arten
Herren-, Damen-, Kindertiefel
besonders preiswert!
Sander's Schuhfabrik
Im Lohm! Auguststr. 42, pfr. Im Lohm!

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der
Sprachkenntnis! Lest die
Weltweite Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verstanden wird.

**Blumen vergehen,
Bücher bestehen!**
Gute Geschenkliteratur
zu allen vornehmenden Gelegenheiten
hält in reichster Auswahl
Böckmann's Buchhandlung
Reinhold Schünzel
Am Graupenstr. 5
am Lager.
Der Besuch unserer Buchhandlung ist lohnend.

Lichtspiele MARMOR HAUS Lichtspiele
Eröffnung
Sonnabend, den 15. Dezember
nachmittags 4 Uhr
Lichtspiele MARMOR HAUS Lichtspiele
Friedr.-Wilh.-Str. 35

Das kolossale Eröffnungs-Programm
Der beste
Sitten-Großfilm dieses Jahres
Der Film der großen Kanonen
Paul Wegener: Reinhold Schünzel: Erich Kayser-Tietz
Margit Barnay: Käthe Hauk: Lydia Salomanowa

Das Liebesnest
Nach dem Roman von
Edgar Stillebauer.
2 Teile 12 Riesenakte 2 Teile
Fabr.: Aafa, Althoff, Amboß FilmA.-G. Berlin

Die Liebschaften der Gerberstochter
II Teil:
Das Liebeshaus am See
Beide Teile in einem Programm.
Marmorhaus-Doppelorchester. 12 Künstler. Leitung: Kapellmeister Pauli
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Letzte Vorstellung: 1/2 9 Uhr.
Billigste Eintrittspreise!

Bücherei Volkswacht **Druckerei Volkswacht**
Breslan 3 **Reue Graupenstr. 5** **Breslan 2** **Gurkstr. 4/6**

MAN OK JUPITER
Fürstenstraße 32 **Taucheustraße 20**
3190
In beiden Theatern:
Edie Polo
in dem großen amerikanischen Sensationsfilm
Mit Büchse und Lasso
i. Teil: Heißer Boden
ii. Teil: In wildem Ringen
Ab Dienstag, den 18. 12: III. u. IV. Teil.
ab Freitag, den 21. 12: V. und VI. Teil
Ferner die originelle Grotteske
„Er“ als glücklicher Ehemann.

Nur für Wiederverkäufer!
Elbon
Posten
**Zwirnrosen, Stoffrosen, Joppen,
Hemden, Kinder-Anzüge, Unterhosen,
Decken außergewöhnlich billig!**
Schuh-Vertrieb
Ohlauer Straße 29. Nur 1. Etage. Kein Laden.

Nur solange der Vorrat reicht!
-verkaufen wir
Winterjoppen
zweireihig, warm gefüttert **12,75** und **9,75**
einreihig, Sportfason, warm gefüttert **14,50**
à Goldmark
Teilzahlung gestattet.
Einzel-Verkauf und Engros-Verkauf.
Einkaufs-, Verkaufs- und Arbeitsgesellschaft m. b. H.
Klosterstraße 20.

Schuhpreise herabgesetzt!

Herren-Stiefel	Rindler	Mk.	8 ⁵⁰
Rindler, Kolbentraum	Mk.	15,00, 18,00,	11 ⁵⁰
Reittiefel	Rindler, pr. Verzählung	Mk.	26 ⁵⁰
Herren-Schmiedschuhe	Feldler mit und ohne Kappe	Mk.	8 ⁰⁰
Burschentiefel	Rindler	Mk.	6 ⁵⁰
Damentiefel	Rindler, Kolbentraum	Mk.	11 ⁵⁰
Hausschuhe	Feldler, für Damen und Herren	Mk.	4 ⁵⁰

**Für Wiederverkäufer
selten günstige Gelegenheiten!**

Schuh-Vertrieb
Ohlauer Straße 29
Nur 1. Etage. Kein Laden.

NIK
Wollen Sie zwei schöne
Pflücker zu einem in-
haltreichen Programm?

**Reinhold Schünzel
Alfred Abel**

Der Menschenfreund
Das Drama eines geschiedenen Frau.
Friedr. Wilh. - u. 4. Berliner Allee. 6 Akt.

„Das Opfer der Ellen Larsen“
„In dem Leben zu retten -
opferste ich das meine.“ 6 Akt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonntag, den 16. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr,
finden folgende Versammlungen im Gewerkschaftshaus statt:
Zimmer 3: **Sämtliche handwerksmäßigen
Betriebe und Berufe.**
Zimmer 6: **Betriebsräte u. Vertrauensleute**
bei H. Maschinenfabriken, Automobil-Betrieben,
Chemieindustrie, Weiß- u. Feinblech-Industrie,
Elektrotechnisches Gewerbe.
Zimmer 10: **Heizungsmonteur.**
Zimmer 12: **Reffelschmiede d. L.-G.-L. Berlin**

Konkurrenzlos billig!

2 Beispiele 2 Beispiele
Herrn-Hüte guter Filz, moderne Formen **3⁰⁰**
Mützen für Herren u. Knaben, gute Stoffe **95** an
Mut-Centrale
Schönfeld & Co.
Schmiedebühne 17/18, Ecke Kupferschmiedestraße
Filiale: Bohrauer Straße 45.

**Penibonach
Pflücker**
Hoffmann
Zentral-Vertrieb

Seite gut schäumend,
Bsp. 17 Bfg.
Herstellung, kann jetzt billiger
von Frau Frida Lippert,
Steinstraße 16. 200

Rot weiches, sehr billige
mittelgroße
Kinderstiefel
Sollert, Ohmestr. 9, 90f II
Reinhold Schünzel 2171

Neu erschienen:
**Die Zukunft der
deutschen Volksgemeinschaft**
von Arthur Bergmann
0,20 Goldmark
Bestellungen werden von
der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kiosken
teueren entgegengenommen.

3 nsterate erziehen in
der „Böckmann“
den größten Erfolg

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. Dezember.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteilosen! Parteilosen!

Dieser Tage, spätestens aber Sonntag, wird bei allen Genossen der Parteibeitrag für den Monat Dezember...

District 22. Der Districtbeitrag wird laut Beschluß auf Goldpfennig festgelegt.

Städtische Betriebsk., SPD-Vertrauensleute. Montag, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Eisenbahner, SPD-Vertrauensleute. Dienstag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Eltern und Freunde

der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“.

Wir machen Euch alle auf unsere Weihnachtsfeier aufmerksam, die am Mittwoch, den 19. u. Donnerstag, den 20. Dezember...

Das reichhaltige Programm bietet Chorgesänge, Geigenspiele, Rezitationen und „Die Kreuzabnahme“...

Jugendsozialisten. Sonnabend, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Gemeindefestabend. Genosse Giese, Grottau...

Abteilung, Arbeiterjugend! Diesen Sonntag findet pünktlich um 1 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses...

Von den Arbeiterkinderfreunden. Liebe Eltern! Wir werden Euch nochmals auf die Sonntag stattfindende Weihnachtsfeier...

Das Jahrbuch für die Jungen und Mädchen, das „Kinderbuch 1924“ ist wieder vorhanden. Es ist zum Preise von 1,40 Goldmark im Jugendsekretariat...

Stadtverordnetenversammlung.

Die Behandlung der Straßenbahn.

Die Stadtverordneten hatten sich gestern zu einer Dauerung versammelt. Standen doch auf der sehr umfangreichen Tagesordnung, die allein sieben Dringlichkeitsanträge umfaßte...

Nachdem eine Vorlage, die eine anderweitige Festsetzung des Zuschusses für den Schienenverkehr vorseht, an die Ausschüsse II und V übergeben worden war, kommt es zunächst zu einer Debatte über die Erhaltung des Stadtbahnenverkehrs...

Die Straßenbahndebatte

Die eingeleitete durch einen Bericht des Magistrats über die Abgabe des Magistratsunterauschusses, den der Stadtrat, Schade...

Referendats für Instandsetzungen und Neuanlagen gebildet werden. In eine Verbilligung des Tarifs, insbesondere des Abonnements, kann vorläufig nicht gedacht werden...

Stadt. Maiwald (Soj.) wünscht, daß etwaige Ueberhörsche in erster Linie den notleidenden Straßenbahnern zugute kommen. Nachdem die Stadt. Wierlich (Soj.) und Dr. Haase (Demokrat) gegenüber dem Stadtv. Kollie zum Ausdruck gebracht...

Beamte und Lehrer!

Sonntag, 16. Dezember, vormittags pünktlich 10 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Allgemeine Beamten-Versammlung

Tagesordnung: „Der Erfolg reaktionärer Beamtenhege“ Beamtengehälter, Arbeitszeit, Beamtenabbau. Referent: Provinzial-Landtagsabgeordneter Karl Mahe.

Alle Parteigenossen und Volkswachtleser werden gebeten, alle ihnen bekannten Beamten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Stadtverordneten Haase (Dem.), Cardocus (Zentr.) und Dr. Bujakowsky (Dmit.) wenden sich entschieden gegen die Vorlage, wobei sich insbesondere Dr. Bujakowsky berufen stellt...

Oberbürgermeister Dr. Wagner tritt für die Wohnungsbauabgabe ein, da die Mittel zur Herstellung des notwendigen Baukosten Schatzes sonst auf anderem Wege beschafft werden müßten. Stadtrat Dr. Juchs wendet sich gegen die Ansicht des Stadtverordneten Bujakowsky...

Nach langem Hin und Her wird die Vorlage schließlich doch nicht verabschiedet, sondern auf Antrag des Stadtv. Dr. Seiffers gegen eine starke Minderheit erneut zur Ausdebatte übergeben.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag des Magistrats erachtet um Zustimmung zu einigen Veränderungen zu der bereits beschlossenen Getränkeverordnung. Die Stadtverordnetenversammlung hatte schon vor längerer Zeit dieser Vorlage, die eine städtische Steuer auf Wein, Bier und Spirituosen fest, zugestimmt...

Stadtverordneten Kollie (Soj.): Eine Jurisdiktion kommt nicht in Betracht, da die Steuer grundsätzlich schon genehmigt ist. Wenn die Erhebung dieser Steuer auch dazu beiträgt, den übermäßigen Alkoholkonsum einzudämmen...

Angenommen wurde ein weiterer Dringlichkeitsantrag, der die Bewilligung eines Betrages von 15 000 Goldmark für die Beschaffung von Arbeitsgeräten und Materialen für die Gewerkschaften-Pflichtarbeit vorseht...

Der Magistratsantrag betr. die Berechnung der Vergütungen für Stadtstellen usw. auf verbleibender Grundlage wird in Anbetracht der vorgezogenen Zeit auf Vorschlag des Stadtverordneten Wiedera (Soj.) an die Ausschüsse VI und VIII überwiesen...

Angenommen wird schließlich außer einigen kleineren Veränderungen noch der Dringlichkeitsantrag, den sich freimütig verhaltenen städtischen Beamten, Angestellten, Beamtenanwärtern und Lehrern einen Zuschuß in Höhe eines Drittels der Beiträge zu gewähren.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung folgt noch eine geheime Sitzung der Stadtverordneten.

Eine Versammlung der arbeitslosen Parteigenossen

Am Donnerstag nachmittag im Gewerkschaftshaus fand. Genosse Mahe besprach den Zweck dieser Zusammenkunft. Genosse Krammer vom 3. d. V. als Mitglied des Hauptauschusses der Gewerkschaften sprach über die Tätigkeit dieses Ausschusses im Interesse der Gewerkschaften...

Frankel. Aus der Besprechung heraus wurde dann vorgeschlagen, eine besondere Kommission zu wählen, die als Vertretung der arbeitslosen Parteimitglieder den Parteivorstand bei seiner Arbeit für die Gewerkschaften unterstützen soll...

3. Kammermusikabend.

In tiefste Andacht wurden die Besucher unserer Konzerte von den arbeitslosen Parteimitgliedern durch die herrlichen Darbietungen des S. Krammer-Quartetts verjagt. Das Streichquartett a-moll op. 29 ist eine Perle Schubert'scher Musik, melodisch, gemühtlich, mit einem sehr geistlichen Menuetto und einem langschönen Allegro am Schluß...

Die Sport-Arena in der Jahrhunderthalle

wird heute, Freitag, abends, mit einem Massen-Aufmarsch und Darbietungen der bürgerlichen Sportvereine eröffnet. In der Folge sollen dann Wettkämpfe auf jedem sportlichen Gebiet dort zum Austrag kommen. Der Wunsch ist vieler, die Jahrhunderthalle von der Last eines neuen Zuschauerbetriebes zu befreien, wird damit ein Stück vorwärts geschoben. Die Unternehmer sind Berliner, die gute Erfahrungen und noch bessere Verbindungen aus dem Betrieb des Berliner Sport-Palastes mitbringen...

* Der Verein der Wohnungsjugendlichen hielt im überfüllten Saal des Gewerkschaftshauses „Bratslawia“ wieder eine öffentliche Versammlung ab.

Es kam u. a. der zwischen dem Verein und dem Oberbürgermeister festgestandene Preiswechsel zur Besprechung, woran sich eine lebhafteste Debatte schloß. Der Oberbürgermeister hat sich bereit erklärt, das ihm vom Vorstand übergebene Material zu prüfen. Desgleichen hat sich der Wohnungskommissar das Material über einen Fall, in dem anstehende Wohnungszuteilung vorliegt, zur Untersuchung der Angelegenheit geben lassen...

Der Vorherrscher Hermann Schindler, Schweitzerstraße 16, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Konkursverfahrens verurteilten Hermann Schindler nicht identisch ist.

Verloren. Am Freitag, den 7. Dezember, abends zwischen 7 bis 8 Uhr, hat ein Koffer des Baugewerksbundes auf dem Wege zum Gewerkschaftshaus nach der Friedrich-Wilhelmstraße einen braunen Umhang mit Beutungsmappe verloren. Der eifrige Finder wird gebeten, sie im Büro des Baugewerksbundes, Margaretenstraße 17, II, Zimmer 46, gegen Belohnung abzugeben.

Fritzs. Straßburger gewährt für die Montagabend-Vorstellung unserer Abonnenten eine 50-prozentige Ermäßigung des Eintrittspreises auf allen Plätzen. Wer von unseren Lesern von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, kann Eintrittskarten gegen Vorlegung der Abonnementsquittung in der Buchhandlung „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße, erhalten.

Verloren. Auf dem Wege von der Friedrich-Wilhelmstraße zum Gewerkschaftshaus hat eine unserer Lesertinnen gestern nachmittags die folgenden Abonnementskarte in Betrag von 26 Goldmark verloren. Das Geld war in Faltungsmappe eingewickelt. Die Trägerin ist die Frau eines Arbeitlosen und bittet durch den Gehalt des Geldes in dieser Kasse. Der eifrige Finder wird gebeten, das Geld im Roman der Volkswacht, Friedrichstraße 4, oder in der Volkswachtbuchhandlung, Gruppenstraße, abzugeben.

Künftiger Wetterbericht. Voraussichtlich in der Nähe, die mit den von den nordwestlichen Winden angebrachten Wolken in Verbindung stehen, haben den letzten Sonntag über Breslau etwas geschneit. — Freitag, den 14. Dezember, nachts und am Morgen Nebel. Temperatur langsam verändert bei schwacher Südwestbewegung.

Sammeln für die armen Kinder!

